

Welche Unterstützung sollen Medien bekommen? Die Diskussionen werden trotz Nein weitergehen.

BILD KEY



VIDEO Interviews unter www.shn.ch/click

Eidgenössische Abstimmungen Resultate in den einzelnen Kantonen

Table with 10 columns: Initiative für ein Tierversuchsverbot, Initiative gegen Tabakwerbung für Kinder, Abschaffung der Stempelsteuer, Massnahmenpaket zugunsten der Medien, and Stimm-beteiligung. Rows list various Swiss cantons like Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, etc., along with their respective 'Ja' and 'Nein' percentages.

Neue Medienhilfe nur für die Kleinen

Im Parlament ist man sich nach dem Absturz des Medienpakets einig: Neue Massnahmen sollen den kleinen Verlagen helfen. Die grossen Medienhäuser stehen in einem rauen Wind.

Francesco Benini

BERN. Wie weiter nach dem Scheitern des Medienpakets? Ist eine grössere finanzielle Unterstützung der Medien definitiv vom Tisch?

Spricht man mit Bundesparlamentariern, die sich mit dem Dossier beschäftigen, ist Zurückhaltung zu spüren. Denn das Paket ist in der Stimmbewölkerung auf weniger Zustimmung gestossen, als man angenommen hatte. Ausser in der Westschweiz.

Weitgehend unbestritten ist ein Punkt: Der höhere Beitrag an die privaten Fernseh- und Radiostationen sowie an die Ausbildung der Journalistinnen und Journalisten fände im Parlament eine Mehrheit. Hier würde das sogenannte Gebühren-splitting erweitert: Das Geld kommt nicht aus der Bundeskasse, sondern wird dem Topf der Haushaltabgabe entnommen – die vor allem der SRG zufliesst.

Da dieser Topf in den vergangenen drei Jahren Reserven angehäuft hat, könnte die Massnahme leicht vollzogen werden. Dann wird es aber schwierig. Ein FDP-Ständerat sagte vor dem Abstimmungssonntag, er werde die indirekte Presseförderung sofort wieder aufs Tapet bringen, wenn die Stimmberechtigten das Medienpaket nicht annehmen. Nun will er es sich noch einmal überlegen und Diskussionen mit Parlamentskollegen führen.

Keine Lust auf neues Hickhack

Das Medienpaket bestand aus höheren Bundesbeiträgen an die Post für die Zustellung der Zeitungen und zum andern aus der finanziellen Unterstützung von Onlinemedien. «Eine Mehrheit zu finden für eine der beiden Massnahmen, das wäre ein schwieriges Unterfangen», erklärt Mitteilungsleiter Martin Candinas.

Beide Interventionen stossen in einem Teil des Parlaments auf verschiedene Ablehnung. Und in beiden Fällen wäre wieder mit langen Diskussionen darüber zu rechnen, wie die Hilfe denn konkret ausgestaltet werden soll. Erhalten nur Onlinemedien Geld, die von ihren Kunden Geld verlangen – oder auch andere? Die Lust auf solche Erörterungen ist klein.

Es gibt aber einen Konsens darüber, dass mehr Mittel an kleine Verlagshäuser flies-

sen sollen. SP-Nationalrat Jon Pult kann sich einen Ausbau der indirekten Presseförderung vorstellen. In den Genuss davon sollen aber nur Zeitungen mit einer tiefen Auflage kommen.

Pult erklärt, dass die vorgesehenen 40 Millionen Franken für die Früh- und Sonntagszustellung der Zeitungen das Medienpaket zum Absturz gebracht hätten. Denn das Geld wäre vor allem den grossen Medienhäusern zugekommen.

Hier setzte die Kampagne der Gegner an: Kein Staatsgeld an Unternehmen, die in den vergangenen Jahren hohe Gewinne erzielt haben. Das Nein-Komitee stufte den Anteil des Pakets, der grossen Unternehmen zugedacht war, als sehr hoch ein. Aus dem Lager der Befürworter blieb jedoch eine klare Korrektur aus. So standen die wichtigsten Medienfirmen des Landes als Profiteure des Pakets da.

Mehrere Parlamentarier verweisen darauf, dass vielleicht das Leistungsschutzrecht den grossen Medienhäusern etwas bringen werde. Sowohl Justizministerin Karin Keller-Sutter als auch Medienministerin Simonetta Sommaruga befürworteten ein solches Gesetz. Es wäre die Basis dafür, dass die Medienunternehmen bei Google und Facebook Geld einziehen können für die Übernahme ihrer Inhalte. In der EU steht der Leistungsschutz hoch auf der Agenda.

Geld bei Google holen

Aus dem Nationalrat ist allerdings zu hören: Ein Gesetz zum Leistungsschutz, das werde kein Spaziergang. Offenbar haben die Big-Tech-Konzerne ihre Lobbyarbeit gegen eine solche Regelung intensiviert. Google argumentiere dabei als Unternehmen, das in der Schweiz viele Menschen beschäftige. «Die Medienhäuser werden viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, wenn sie das Gesetz durchbringen wollen», sagt ein Parlamentarier.

Medienpolitisch dürfte aber vorher die SRG in den Mittelpunkt rücken. Die SVP steht vor der Lancierung einer Volksinitiative. Die Lage ist anders als beim Medienpaket: Die Volkspartei will nicht verhindern, dass der öffentliche Rundfunk mehr Geld bekommt. Seine Mittel sollen vielmehr gekürzt werden.

Nachgefragt

«Die Verleger legten eine Arroganz an den Tag, die auf mich befremdlich wirkte»



Peter Weigelt Hat das Mediengesetz gebodigt: der ehemalige St. Galler FDP-Nationalrat.

Sie haben das überparteiliche Komitee gegen das Medienpaket angeführt. Sind Sie überrascht von der recht klaren Ablehnung der Vorlage? Peter Weigelt: Nur beschränkt. Das Paket war überladen. Und die Schweizerinnen und Schweizer haben ein gutes Bauchgefühl dafür, was gemessen und fair ist und was nicht. Diese Vorlage war es nicht.

Die Befürworter des Pakets haben Ihnen geholfen mit ihren Fehlritten. Weigelt: Das ist sicher nicht falsch. Die Ja-Kampagne war zunächst ziemlich brav. Als wir dann in den Umfragen vorne lagen, attackierte man die Unternehmen als Coronaleugner – was völlig überzogen war. Und die Verleger legten eine Arroganz an den Tag, die auf mich befremdlich wirkte. Pietro Supino von der TX Group sagte zwei Wochen vor der

Abstimmung in einem Interview: Der Kurssprung der Aktie seines Unternehmens habe für ihn zur Folge, dass er nun höhere Gewinnen bezahlen müsse. Eine unglaubliche Aussage.

Wie soll es nun weitergehen in der Medienpolitik? Weigelt: Ich bin nicht dagegen, dass die verbilligte Postzustellung der Zeitungen ausgeweitet wird. Aber in beschränktem Umfang und auf der Basis der gültigen gesetzlichen Grundlagen. Dies garantiert, dass nur die kleinen Verlage davon profitieren. Die verbilligte Frühzustellung und Sonntagszustellung – das kommt nicht infrage.

Was ist mit der Förderung von Onlinemedien? Weigelt: Die braucht es nicht. Mir schwebt ein anderes Modell vor.

Nämlich? Weigelt: Der Staat könnte Gutscheine an Stimmberechtigte vergeben. Die Gutscheine können eingelöst werden, wenn jemand einen Medientitel abonniert.

Ist das Ihr Ernst? Die meisten Abonnements sind recht teuer. Wenn der Bund einen substanziellen Beitrag daran leisten soll, müsste er Mittel aufwenden, die jene des Medienpakets übertreffen. Weigelt: Über die Höhe müsste man diskutieren. 200 Franken könnte ich mir vorstellen. Es wäre ein tauglicher Beitrag an die Medien und an unsere direkte Demokratie.

Herr Weigelt, Sie sind 2006 als FDP-Nationalrat zurückgetreten. Starten Sie nun im Alter von 65 eine neue politische Karriere nach dem erfolgreichen Abstimmungskampf? Weigelt: Sicher nicht. Ich bin noch einmal in den Ring gestiegen, weil mich das Medienpaket aufgeregt hat. Ab morgen, Montag, ist meine politische Laufbahn vorbei.

Und wenn Sie wieder einmal etwas aufregt? Nachname: Ich ziehe mich jetzt definitiv zurück. Das war's.

Interview: Francesco Benini

Bundesrat kassiert drei Niederlagen auf einmal

Drei Nein, ein Ja und drei Niederlagen für Bundesrat und Parlament: Das ist die Bilanz des Abstimmungswochenendes. Auch die Wirtschaft gehört zu den Verlierern. Fünf Erkenntnisse zum Abstimmungssonntag.

Maja Briner und Kari Kälin

1 Der Bundesrat kassiert so viele Niederlagen wie selten zuvor

Drei Abstimmungsniederlagen an einem Sonntag – das erlebte der Bundesrat zuletzt im Februar 2004, als das Volk unter anderem die Verwahrsungsinitiative guthies. Überhaupt steht der Bundesrat in dieser Legislatur so oft in Opposition zum Volk wie seit der Legislatur 2003 bis 2007 nicht mehr. Damals unterlag er in 9 von 26 Vorlagen.

Bedeutet das Verdikt vom Sonntag einen schwarzen Tag für den Bundesrat? Georg Lutz, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Lausanne, erkennt keine dramatische Entwicklung. «Es gehört zum Wesen der direkten Demokratie, dass Abstimmungen nicht immer im Sinn des Bundesrats ausgehen. Und es hat sich gezeigt, dass es dem Parlament nicht immer gelingt, tragfähige Kompromisse zu schmieden», sagt er. Für viele Niederlagen gebe es einzelne Erklärungen: Sie kämen aufgrund bestimmter Konstellationen zustande. Trotz Anzeichen für eine weitere Polarisierung der Politiklandschaft, nicht zuletzt befeuert durch die Coronakrise, gibt es kaum Anzeichen, dass das Vertrauen des Volks in den Bundesrat ero-

diert. Im Gegenteil: Es ist in den letzten Jahren laut verschiedenen Umfragen konstant hoch geblieben.

2 «Krachende Niederlagen» für Sommaruga und Maurer

Die SP Schweiz hatte den Abstimmungsverlierer schnell ausgemacht. Auf Twitter schrieb sie am frühen Nachmittag: «Krachende Niederlage für die bürgerlichen Parteien und SVP-Bundesrat Maurer. Die Stimmbewölkerung sagt deutlich Nein zu immer neuen Steuerprivilegien für das Grosskapital!» Finanzminister Maurer seinerseits erinnerte gestern daran, die Vorlage stamme aus einem parlamentarischen Vorstoss. Fest steht aber auch: Der Bundesrat stellte sich dahinter.

Bloss: Die SP weiss auch eine Magistratein in ihren Reihen, die den Kürzeren zog: Simonetta Sommaruga beim Mediengesetz. «Schon wieder eine krachende Niederlage», konstatierte SVP-Nationalrat Andreas Gnärner auf Twitter. In der Tat hat Sommaruga keinen guten Lauf. Seit sie im Jahr 2019 vom Justizdepartement ins Departement für Umwelt, Verkehr, Energie- und Kommunikation (Uvek) gewechselt hat, kassierte sie bei Jagd-, CO₂- und jetzt beim Mediengesetz eine Niederlage.

Aber auch Ueli Maurer erlitt in der Vergangenheit bei wichtigen Vorlagen Niederlagen – bei der Konzernverantwortungsinitiative, die nur am Ständemehr scheiterte. Die Zeiten, in denen bürgerliche Parteien und die Wirtschaftverbände wirtschaftsfreundliche Vorlagen quasi im Schlafwagen durchbrachten, sind vorbei. Politologe Georg Lutz erkennt einen Systemwandel. «Das Volk stimmt nicht mehr einfach so Ja. Es braucht grössere Mehrheiten und solide Überzeugungsarbeit.»

3 Kompromisse des Parlaments überzeugen nicht

Bundesräte sind zwar für das andere politische Lager dankbare Sündenböcke. Das lenkt jedoch von der Rolle des Parlaments ab: Es hat die Abschaffung der Emissionsabgabe aufgegleit und beim Mediengesetz die bundesrätliche Vorlage deutlich ausgebaut – was Sommaruga als Grund für das Nein anführte. Schon beim gescheiterten CO₂-Gesetz hatte das Parlament die bundesrätliche Vorlage stark verändert – unter anderem mit der zusätzlichen Flugticketabgabe, die indes ganz im Sinne der Linken war. Kommt hinzu, dass die Parteien insbesondere beim Mediengesetz nicht geschlossen auftraten: Die Mitte und die GLP empfahlen ein Ja, ihre Präsidenten waren jedoch dagegen.

4 Freie Bahn für die Wirtschaft? Das gilt nicht mehr

Eine doppelte Schlappe setzte es auch für die Wirtschaft ab: bei der Emissions-

abgabe und der Tabakinitiative. Zuletzt hatte sie zudem mehrere Warnschüsse kassiert, so etwa bei der Konzernverantwortungsinitiative, die nur am Ständemehr scheiterte. Die Zeiten, in denen bürgerliche Parteien und die Wirtschaftverbände wirtschaftsfreundliche Vorlagen quasi im Schlafwagen durchbrachten, sind vorbei. Politologe Georg Lutz erkennt einen Systemwandel. «Das Volk stimmt nicht mehr einfach so Ja. Es braucht grössere Mehrheiten und solide Überzeugungsarbeit.»

Hans-Ulrich Bigler ist Direktor des Arbeitgeberverbands, der den Kampagnenlead bei der Emissionsabgabe hatte. Die Gründe für die Niederlage der Wirtschaft bei der Emissionsabgabe und der Tabakinitiative seien unterschiedlich, sagt er. Bigler räumt aber ein: «Ein gewisser Stimmungswandel hat stattgefunden.» Der Wirtschaft und den Bürgerlichen falle es schwerer, mit ihren Anliegen beim Stimmvolk eine Mehrheit zu finden. Und: «Wenn gewisse Grossbanken Milliardenbussen bezahlen müssen, fährt das ab.»

5 Linke bodigt erneut Steuervorlage

Einmal mehr hat es die Linke geschafft, eine Steuervorlage zu bodigen – gegen

den Widerstand aller bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft. Offensichtlich verfiel ihre Erzählung von den bösen Grosskonzernen als Profiteuren und dem einfachen Bürger als Verlierer. «Steuervorlagen haben vor dem Stimmvolk generell einen schweren Stand», sagt Monika Rühl, Direktorin des Wirtschaftsdachverbandes Economiessuisse. Sie seien oft sehr technisch und die direkte Betroffenheit sei für die Bürgerinnen und Bürger nicht offensichtlich.

Allerdings mussten die Linken bei eigenen Volksbegehren wie der Erbschaftsteuer- oder 99%-Initiative deutliche Niederlagen einstecken. In anderen Worten: Die Linke kann blockieren, aber nicht gestalten. Nächste Blockademöglichkeiten zeichnen sich aber bereits ab. Ab 2023 sollen Unternehmen an einem Umsatz von 750 Millionen Euro gemäss OECD-Regeln mit einem globalen Mindeststeuersatz von 15 Prozent besteuert werden. Zur Kompensation und Erhaltung der Standortattraktivität fasst Finanzminister Ueli Maurer Steuererleichterungen ins Auge. Werden sich die Bürgerlichen bei dieser Auseinandersetzung gegen die Linken durchsetzen?